SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/3340**
20. Wahlperiode 17. Juni 2025

Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen einschränken und pädagogisch sinnvoll regeln“ (Drucksache 20/3314)

Digitalkompetenz stärken – Befähigung statt Bevormundung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass digitale Medien ein integraler Bestandteil des Alltags von Kindern und Jugendlichen sind. Der Umgang mit Smartphones, sozialen Netzwerken und digitalen Lernplattformen gehört für junge Menschen heute selbstverständlich dazu. Digitale Medien bieten vielfältige Chancen für Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entwicklung. Gleichzeitig birgt ihre Nutzung Risiken – etwa im Bereich von Datenschutz, Cybermobbing oder exzessivem Medienkonsum.

Pauschale Verbotsdebatten helfen nicht weiter. Entscheidend ist, Kinder, Jugendliche, Eltern sowie Fach- und Lehrkräfte frühzeitig und zielgruppengerecht in ihrer Medienkompetenz zu stärken. Prävention muss befähigen, nicht bevormunden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch den Ausbau von qualitätsgesicherten Angeboten für Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen, den altersgerechten, kreativen, kritischen und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln. Des Weiteren soll die Medienkompetenzförderung in Schulen weiterentwickelt werden.

Weiterhin sollen Lehrkräfte sowie sozialpädagogisches Fachpersonal systematisch fortgebildet werden, damit diese digitale Medien pädagogisch sinnvoll einsetzen und gleichzeitig Kinder und Jugendliche im reflektierten Umgang begleiten können.

Bestehende Programme und Akteure der Medienbildung sowie Eltern bei der Medienerziehung müssen stärker vernetzt und in ihrer Wirkung im Land gezielt unterstützt werden. Das gelingt unter anderem durch niedrigschwellige,

mehrsprachige Informationsangebote und durch (digitale) Elternabende und regionale Infoveranstaltungen in Kitas und Schulen.

Dabei muss auf die aktive Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen geachtet werden, z. B. über Jugendbeiräte, Peer-to-Peer-Projekte oder Beteiligungsformate, um die Lebensrealität der Zielgruppe ernst zu nehmen und Inhalte praxisnah zu gestalten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Monitoring zu exzessivem Medienkonsum, Cybermobbing, sexualisierter Gewalt im Netz und anderen relevanten Gefahren in Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten sowie Forschungsinstitutionen auf den Weg zu bringen, um faktenbasierte politische Maßnahmen ableiten zu können.

Begründung:

Kinder und Jugendliche brauchen keine Panikmache, sondern verlässliche Begleitung. Die Förderung von Medienkompetenz muss in einer digitalen Welt so selbstverständlich sein wie das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen. Die Nutzung digitaler Endgeräte an Schulen muss mit Vertrauen in die Urteilskraft junger Menschen und mit gezielter Unterstützung aller Beteiligten erfolgen.

Anne Riecke

und Fraktion